

14. September 1949

/1-

An das  
Landgericht, 5. Strafkammer  
in Wuppertal

Eingegangen am 14.9.1949  
als Urkundebeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts

Walter Jendigung

Russ, Jendigung in Rh.  
Wuppertal

In der Strafsache  
gegen B a e c k e r und And.  
5 Ks 1 / 48

nehme ich als Verteidiger des Angeklagten  
W i m m e r s h o f f zu der Revisionsbegründung  
des Herrn Oberstaatsanwalt vom 2.9.1949 wie folgt  
Stellung.

Ich beantrage

- 1.) die Revision als offensichtlich  
unbegründet im Beschlussverfahren  
abzuweisen.
- 2.) Die Revision zurückzuweisen.

Die Revision rügt die Verkennung des Begriffs des  
Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäss KRG Nr. 10  
und zwar offensichtlich die Bestimmung Art. II, Ziffer  
2 c, d.

Die Revision bezieht sich darauf, dass der Ange-  
klagte wenigstens teilweise z.Zt. der Misshandlungen  
zugegen gewesen sei und - dass ist offensichtlich der  
Sinn der Begründung - dass er bei seiner zeitweiligen  
Anwesenheit zugestimmt hätte, d.h. durch Wissen und  
Wollen unterstützt habe.

Zur Begründung führt die Revision aus, dass die  
Früfung des Schwurgerichts zu eng gewesen sei, dass es  
sich bezüglich des Angeklagten im wesentlichen mit dem  
Fall Schmitt beschäftigt habe, nicht aber mit den ande-  
ren Fällen.

Um nun eine Begründung hierfür zu haben, führt

115

die Anklagebehörde aber gerade den Fall Schmitt an. So spricht sie davon, dass der Zeuge Denne in einer Entfernung von 50 meter die Hilfeschreie des Misshandelten Schmitt gehört habe. Ebenso scheint die Anklagebehörde die Bekundung des Zeugen Adolf gerade auf den Fall Schmitt zu beziehen, da sie davon spricht, dass der "Zeuge" am Tage "in der Villa Koburg entsetzliche Schreie eines gefolterten Gefangenen gehört habe. Bezüglich des Falles Schmitt aber hat das Schwurgericht im einzelnen ausgeführt, dass kein Zeuge aufgetreten sei, der den Angeklagten irgendwelcher Misshandlungen bezichtigt und entsprechend ihren Bekundungen auch nur die Anwesenheit des Angeklagten festgestellt hat.

Wenn die Revision demgegenüber von einem Verweilen des Angeklagten am Tatort spricht, so wendet sie sich praktisch damit gegen die Feststellungen des Schwurgerichts, die in tatsächlicher Beziehung nicht überprüfbar sind.

Der Hinweis, dass der Angeklagte mit der Einrichtung des Sanitätswesens auf der Koburg beauftragt gewesen sei und dass er stellvertretender Sonderkommissar für innerparteiliche Angelegenheiten gewesen sei, besagt nichts, dass der Angeklagte auch nur während irgendwelcher Misshandlungen auf der Dienststelle gewesen ist, abgesehen davon, dass die Anwesenheit auf der Koburg selbst noch keine Anwesenheit bei den Misshandlungen gewesen wäre, die aber in objektiver Beziehung notwendig wäre. Tatsächlich ist denn auch der Angeklagte während der sich auf eine bestimmte Zeit erstreckenden Misshandlungen nicht anwesend gewesen. Jedenfalls aber ist seine Anwesenheit in keinem Falle festgestellt worden und die von der Anklagebehörde vermutete Anwesenheit im Bau ist keine Anwesenheit am Tatort. Die Vermutung ist aber durch die Feststellung des Schwurgerichts widerlegt, wonach der Angeklagte n i c h t anwesend war. Auch in objektiver Beziehung muss, um die Mitwirkung bei dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit in irgendeiner Beziehung feststellen zu können, die räumliche Anwesenheit festgestellt werden, die gerade nicht festgestellt ist. Erst nach dieser Feststellung kommt es auf die subjektive Seite, d.h. das Wissen und Wollen, an.



Wenn aber schon die Anwesenheit entfällt, so fehlt es an dem Tatbestand der objektiven Tatbestandsseite.

Jedenfalls hat das Schwurgericht nicht festgestellt, dass der Angeklagte während der festgestellten Misshandlungen auch nur in irgendeinem Teil des Gebäudes gewesen wäre.

Wenn das Schwurgericht den Alibibeweis z.Zt. der Misshandlung Schmitt als zu weit geführt angesehen hat und danach nicht erwiesen ist, dass der Angeklagte sich in Berlin oder Nürnberg befunden hat, so ist positiv nicht festgestellt, dass er auf der Koburg war. Hier trifft wieder die Feststellung des Schwurgerichts, dass keiner der Zeugen die Anwesenheit des Angeklagten bekundet hat. Diese Anwesenheit wäre aber das Minimum dessen gewesen, was hätte verlangt werden müssen.

Gilt dies zur objektiven Seite, so ist zur subjektiven Seite auszuführen, dass aus dem erwähnten Fall Mantzeck jedenfalls nicht der Schluß gezogen werden kann, dass der Angeklagte Kenntnis von den Misshandlungen auf der Koburg hatte. Das Schwurgericht schließt gerade in diesem Fall Mantzeck und der in diesem Fall erworbenen Kenntnis durch den Angeklagten, dass er durch Behandlung dieses Falles gezeigt habe (Blatt 133), dass er jedenfalls nicht in bewusstem und gewolltem Zusammenhang mit den Misshandelnden gehandelt hat. Es ist also hier gegenteilig festgestellt worden, dass der Angeklagte nicht seine Zustimmung zu den Misshandlungen gegeben hat.

Die Kritik an der Nichtbeeidigung des Zeugen Schäfer ist ein Eingriff in das Ermessensrecht der Tatsacheninstanz. Das Vordergericht hat die Bekundungen des Zeugen nicht für erheblich gehalten, als es hier nicht darauf ankam, den Bestattungsort des Schmitt festzustellen, sondern die Behandlung des Schmitt. Selbst bei Unterstellung der Kenntnis des Bestattungsortes wäre nach Ansicht des Schwurgerichtes die Täterschaft des Angeklagten nicht schlüssig.

Was endlich die Rechtspflicht zum Eingreifen durch den Angeklagten angeht, so müsste zunächst die Anwesenheit des Angeklagten festgestellt sein, die gerade nicht festgestellt ist.

Die Unterstellung der Revisionsbegründung, dass

der Angeklagte als Sonderkommissar für wirtschaftliche und innerparteiliche Angelegenheiten massgebliche Gewalt über die SA gehabt habe, trifft nicht. Sie ist auch eine tatsächliche Feststellung.

Im übrigen sagt das Schwurgericht hierzu, dass der Angeklagte auch " anscheinend " für die bald danach erfolgte Entlassung Mantzecks gesorgt habe. Wenn die Anklagebehörde hieraus den Schluß zieht, dass der Angeklagte eine starke Befehlsgewalt gehabt habe, so hat das Schwurgericht im Gegenteil festgestellt, dass anscheinend der Angeklagte für die Entlassung g e s o r g t habe. Das war nicht Angelegenheit des Angeklagten, sondern des Dienststellenleiters.

Eine Verhinderung nicht aus Unterstellungsverhältnissen, sondern aus rein menschlichem Gesichtspunkt setzt aber voraus: Anwesenheit und Kenntnis. Bei Kenntnis des Falles Mantzeck hat der Angeklagte nach den Feststellungen des Schwurgerichts bewiesen, dass er jedenfalls nicht Misshandlungen zugestimmt habe.

Es fehlt somit an objektiven, wie an subjektiven Voraussetzungen der Strafbestimmung, sodass nicht nur im Falle Schmitt, sondern auch in den anderen Fällen, <sup>nicht</sup> wo einmal die Anwesenheit des Angeklagten festgestellt ist, mit Recht Freispruch erfolgt ist.

Da nicht einmal der objektive Tatbestand als erfüllt angesehen werden kann, erscheint die Revision als offensichtlich unbegründet.

Auf Verhandlung hin wäre sie zurückzuweisen.

Für Rechtsanwalt Koch:



Rechtsanwalt  
als amtl. bestellter Vertreter.